31.

Über Gefängnis- und Fürsorgewesen.

Von Direktor Gottlieb Clement-Buchbach (Hessen.)

1. Begriff, Bedeutung und Wirkung geistiger Minderwertigkeit bei Strafgefangenen. Nach einem Vortrag am 1. Dezember 1903 in der Konferenz der Strafanstalts- u. Geistlichen der Provinz Brandenburg gehalten von Dr. F. Leppmann zu Moabit.¹⁾

Da das Rechtsleben ein Mittelglied zwischen Geistesgesunden und Geisteskranken nicht kenne, sei die Stellung der mit dem Strafgesetz häufig kollidierenden geistig Minderwertigen oft schief und schwankend. Unrichtig sei die Ansicht, daß jeder geistig Minderwertige verstandesschwach sein müsse; häufig sei derselbe einer Nachreise fähig. Als Typen geistiger Minderwertigkeit werden aufgezählt und besprochen: die Willensschwächlinge, die Affektmenschen, die Stimmungsmenschen, besonders die Unsteten, die Paranoiden und unter diesen die phantastisch Minderwertigen. Sorgfältigste, individuelle Behandlung von Seiten des Arztes sei geboten, um straffällig gewordene Minderwertige ohne Schädigung der Gesundheit über die Strafe hinwegzubringen. Die dringend notwendige Revision unseres Strafgesetzbuches müsse die geistig Minderwertigen besonders berücksichtigen.

Um dieselben vor der Straffälligkeit und dem Rückfall zu bewahren, wird empfohlen:

1. sie während der am meisten gefährdeten Jugendjahre durch sorgfältige Überwachung, eventuell im Wege der Fürsorgeerziehung zu schützen vor Alkoholmißbrauch und Geschlechtskrankheiten;
2. sie durch Anwendung der bedingten Verurteilung tunlichst lang vor dem Strafhaus zu bewahren;
3. sie nach Strafverbüßung in Schutzfürsorge (obligatorisch?) zu nehmen;
4. nicht besserungsfähige in besonderen Anstalten sicher zu verwahren.

2. Einiges über die Organisation und Verhältnisse des ungarischen Gefängniswesens ist der Titel einer von dem Direktor des Staatsgefängnisses in Szeged, Josef Mæser,²⁾ geschriebenen kurzen Abhandlung, in der der Verfasser ein vollständiges Bild der staatlichen Anstalten und ihrer Einrichtungen und Verwaltung liefert, in denen in Ungarn Zuchthaus-, Kerker-, Gerichtsgefängnis-

¹⁾ Blätter für Gefängnisfunde, Bd. XXXVIII, 448—462.

²⁾ Dasselbst S. 462—477.

und Staatsgefängnisstrafen verbüßt werden. Der Beschreibung der einzelnen Strafanstalten sind kurze geschichtliche Notizen über ihre Erbauung und frühere Verwendung beigelegt; auch die Einrichtung der drei Vermittelungsanstalten Lipotrar, Macz und Kisharta ist geschildert.

3. Warum und wie ist die staatliche „Arbeiter-Fürsorge“ in der Gefängnisschule zu behandeln? Vom Gefängnislehrer Erfurth-Blößensee.³⁾

Ausgehend von dem Erlaß des preussischen Justizministeriums: „Versicherte Gefangene, die eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahre zu verbüßen haben, sind auf den drohenden Verlust ihrer Rechte aus der Versicherung, sowie auf die Möglichkeit und die Vorteile der freiwilligen Weiterversicherung hinzuweisen,“ zeigt der Verfasser, in welcher Weise er die Gefangenen im Unterricht einführt, in die großen sozialpolitischen Gesetze, (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung), wie er ihnen durch Zahlen und selbstgewählte Beispiele die Segnungen und Vorteile der Versicherung klar macht und die bestehenden Vorurteile zu beseitigen versucht.

Die Anstaltslehrer sind dem Verfasser für seine anregende Darstellung und seine praktischen Winke zu Dank verpflichtet.

4. Gefängnislehre für Juristen vom Gefängnisdirektor Dr. Gennat zu Hamburg.⁴⁾ Der Verfasser beklagt, daß den Juristen auf der Universität und nach beendeter Studienzeit wenig Gelegenheit geboten sei, mit dem Strafvollzuge und Fragen des Gefängniswesens sich zu befassen. Er fordert die Gründung besonderer Lehrstühle für die Gefängniswissenschaft. Nach dem Vorgange anderer Bundesstaaten haben an dem Zentralgefängnis Hamburgs auf Grund des von dem Verfasser ausgearbeiteten Plans zwei Lehrgänge stattgefunden, an denen 30 Juristen teilgenommen haben. Alle Einrichtungen des Gefängnisses wurden eingehend besichtigt und erläutert und in Vorträgen 22 Themata aus der Gefängniswissenschaft besprochen. Als erfreulicher Erfolg wird es bezeichnet, daß die meisten Teilnehmer der Fürsorgesache durch Beiträge und persönliche Mitarbeit ein besonderes Interesse schenkten.

5. Die Unterbringung geisteskranker Strafgefangenen in Württemberg.⁵⁾ Vortrag des Ministerialrats von Schwab, gehalten am 26. April 1903 bei einer Versammlung von Juristen und Ärzten in Stuttgart.

Volle Einigkeit besteht darüber, daß die verbrecherischen Irren (Geisteskranken mit verbrecherischen Neigungen) in die gewöhnlichen Irrenanstalten unterzubringen sind, sowie darüber, daß die irren Verbrecher dem regulären Betrieb der Strafanstalten nicht unterstellt werden dürfen, sondern eine besondere Behandlung verlangen. Wo ihnen die gewährt werden soll, in gewöhnlichen Irrenanstalten, in

³⁾ Blätter für Gefängnisstudie, Bd. 38, S. 477—505.

⁴⁾ Dasselbst S. 505—512.

⁵⁾ Dasselbst S. 3—19.

besonderen räumlich von der Hauptanstalt getrennten Annegen der Irrenanstalten, in Zentralasylen, oder in Annegen an Strafanstalten, darüber ist in Theorie und Praxis eine Übereinstimmung nicht erzielt worden. Während in Württemberg geistesranke Strafgefangene seither den Irrenanstalten überwiesen wurden, hat die Justizverwaltung im Jahre 1901 die Frage wegen Verwahrung der irren Verbrecher dadurch gelöst, daß sie auf Hohenasperg eine Irrenabteilung für 50 Köpfe errichtete und diese einem psychiatrisch ausgebildeten, im Hauptamte angestellten Arzte unterstellte.

6. Die Familienfürsorge im Berliner Verein zur Besserung von Strafgefangenen. Vortrag, gehalten in der öffentlichen Versammlung des Vereins von Dr. Ernst Rosenfeld, Berlin.⁶⁾

Erst in neuester Zeit, auf Anregung des Geheimen Rats Dr. Felisch und des Sanitätsrats Bär hat der Berliner Verein zur Besserung der Strafgefangenen die Fürsorge für die Familien Inhaftierter, die er früher lediglich in das Gebiet der Armenpflege verwies, in sein Arbeitsprogramm aufgenommen, wozu er sich die Hilfe und Unterstützung edel denkender Frauen erbeten hat. Den von dem Vortragenden angeführten triftigen Gründen, die für die Unterstützung der Familien von Gefangenen sprechen, möchte ich noch hinzufügen: die günstige Einwirkung auf das Gemüt des Gefangenen während der Strafzeit.

7. Statistik der zum Ressort des königl. preussischen Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse und der Korrigenden für das Rechnungsjahr 1902. Berlin, Druckerei der Strafanstaltsverwaltung 1904.

In der Verwaltung des Innern stehen: 33 Strafanstalten zur Aufnahme der zu Zuchthausstrafe Verurteilten, 20 größere Gefängnisse zur Aufnahme von Gefängnis-, Haft- und Untersuchungsgefangenen. Dazu kommen in dem französisch-rechtlichen Teil der Rheinprovinz die s. g. Kantongefängnisse. Dem Ministerium des Innern unterstehen ferner 6 Erziehungsanstalten für Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren, die nach § 56 des St.G.B. freigesprochen und der Zwangserziehung überwiesen sind. Soweit Raum vorhanden, werden darin auch Fürsorgezöglinge aufgenommen. Alle Neubauten werden nur als Zellengefängnisse mit einer geringeren Zahl Schlafzellen für die gemeinsam arbeitenden Gefangenen ausgeführt. Durch die bei Neubauten in immer steigendem Umfange verwendete Gefangenearbeit werden die Baukosten erheblich, um durchschnittlich 25 Prozent vermindert. Auf Herstellung von Dienstwohnungen für Beamte wird bei den Neubauten Bedacht genommen.

Die schwere Kriminalität hat im Jahre 1902 seit 1869 den niedrigsten Stand (15138 oder 2,73 %) erreicht.

Seit dem 1. Oktober 1894 werden für Zuchthausgefangene, die wenigstens 3 Freiheitsstrafen (Zuchthaus, Gefängnis, Korrektionsnachhaft) verbüßt haben, Zählkarten ausgefüllt, welche über Herkunft,

⁶⁾ Blätter für Gefängnisstudie, Bd. XXXVIII, S. 296—305.

Vorleben und persönliche Verhältnisse dieser Personen eingehenden Aufschluß geben. Die Gesamtzahl dieser Personen am 1. Oktober 1894 und des Zugangs bis zum 31. März 1903 belief sich auf 32591 Männer und 5106 Weiber. Von den 37697 Gefangenen hatten 10167 bereits 3 bis 5, 15293 6 bis 10, 11318 11 bis 30 und 919 sogar mehr als 30 Freiheitsstrafen erlitten. 2489 hatten bei Begehung ihrer ersten Straftat im Alter von nicht 14 Jahren, 10835 im Alter von 14 bis 18, 15764 im Alter von 18 bis 25, 8553 im Alter von 25 Jahren und darüber gestanden; bei 56 Gefangenen war das Alter unbekannt geblieben.

Bei nicht weniger als 35745, nämlich 30976 Männern und 4769 Weibern, war nach dem Gutachten der Anstaltsbeamten nach der Entlassung der Rückfall wahrscheinlich, bei 1180 zweifelhaft und nur bei 772 unwahrscheinlich. Von 566 Anträgen auf vorläufige Entlassung wurden 62 oder 10,9 % genehmigt; dazu treten 13 Anträge, die für Militärsträflinge gestellt wurden, von denen 8 oder 61,5 % genehmigt wurden. Auf 8605 Entlassungen von Zuchthausgefangenen kamen 70 vorläufige Entlassungen oder 0,81 %.

Die Kosten der Verpflegung betragen für den Kopf und Tag 31,5 Pfg. Ankauf von Zusatznahrungsmitteln aus den Arbeitsbelohnungen ist zwar gestattet, doch sind die Bedingungen, unter denen derselbe genehmigt werden darf, gegen früher wesentlich erschwert.

Für die Regelung des Arbeitsbetriebes gelten folgende Grundsätze:

1. Alle Bedürfnisse, sowohl der einzelnen Anstalten als der gesamten Gefängnisverwaltung sind, soweit irgend möglich, durch Arbeit der Gefangenen zu befriedigen.
2. Die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für Reichs- und Staatsbehörden ist möglichst zu fördern.
3. Landwirtschaftliche Kulturarbeiten für Staats- und Kommunalverwaltungen können unter gewissen Voraussetzungen durch Zuchthaus- und Gefängnisgefangene ausgeführt werden. Die damit gemachten Erfahrungen sollen günstig sein.

Seit 1869 ist die Zahl der in Unternehmerbetrieben beschäftigten Gefangenen von 73 auf 32,8 % herabgemindert. Ausbehnung der Arbeiten für eigene Rechnung des Staates wird erstrebt.

Die Behandlung der Arbeitsbelohnungen entspricht den von dem Bundesrat vereinbarten Grundsätzen.

An 6 größeren Anstalten sind Annerz für 293 männliche geisteskranke Gefangene.

Wie in der erwachsenen freien Bevölkerung steht unter den Todesursachen der Gefangenen die Tuberkulose obenan; ja die Durchschnittsziffer der Tuberkulosefälle in den Strafanstalten übersteigt um etwas die bei der freien Bevölkerung. Der Verhütung der Ausbreitung dieser Krankheit wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Statistik ist eine Nachweisung der in Preußen bestehenden Zentralstellen für das Gefangenen-Fürsorgewesen und der Vereine zur Fürsorge für Gefangene und Korrigenden beigegeben.

8. Statistik über die Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen für das Rechnungsjahr 1902. Berlin 1904. Gedruckt in der Reichsdruckerei. 177 S.

Dieselbe erscheint in diesem Jahre zum erstenmal, soll aber fortan alljährlich erscheinen.

Bei der großen Anzahl der Gefängnisse, der Verschiedenheit ihrer Größe und der dadurch bedingten Verschiedenheit und Ungleichartigkeit ihrer Verhältnisse bot die Aufstellung der Statistik besondere Schwierigkeit.

Bei der Anordnung des Stoffes folgte man, soweit möglich, dem Vorbilde, das durch die Statistik der zum Ressort des Ministeriums des Innern gehörenden Strafanstalten und Gefängnisse gegeben war.

Der Justizverwaltung sind 1049 Gefängnisse unterstellt, die bei der Beschreibung, je nach der Größe ihrer Belegungsfähigkeit in 4 Gruppen eingeteilt sind.

Die erste Gruppe bilden 13 Gefängnisse, bei denen die Verhältnisse ähnlich liegen wie bei den größeren Gefängnissen des Ministeriums des Innern; zur zweiten Gruppe zählen diejenigen 77 Gefängnisse, welche eine Belegungsfähigkeit von mindestens 100 Köpfen haben, zur dritten Gruppe 71 Gefängnisse mit je einer Belegungsfähigkeit von 50—100 Köpfen, und zur vierten Gruppe 888 Gefängnisse mit einer Belegungsfähigkeit von weniger als 50 Köpfen.

Die durchschnittliche Tagesbelegung steigt von 0,02 Köpfen in kaum unterbrochener Reihenfolge bis zu 1502 Köpfen.

Der tägliche Durchschnittsbestand betrug im Etatsjahre 1902 34 402 Köpfe, darunter 8432 Untersuchungsgefangene.

Die Verwaltung der Gefängnisse ist durch die Gefängnisordnung für die Justizverwaltung vom 21. Dezember 1898 geregelt.

Die obere Leitung sämtlicher Gefängnisse des Oberlandesgerichtsbezirks ist dem Oberstaatsanwalt übertragen; das Amt eines Vorstehers versehen an 12 Gefängnissen Direktoren, an 86 Staatsanwälte, an 951 Amtsrichter.

Am Schlusse des Rechnungsjahres waren 16 339 Einzelzellen für Tag und Nacht vorhanden; die übrigen Gefangenen sind in Gemeinschaftsräumen verwahrt. Die Untersuchungsgefangenen werden, soweit tunlich, in Einzelhaft gehalten. Bei Strafgefangenen geschieht die Anwendung derselben nach den bundesrätlichen Grundsätzen.

Bei dem Arbeitsbetrieb wird im allgemeinen nach den Grundsätzen verfahren, die für die dem Ministerium des Innern unterstellten Gefängnisse gelten. Daß der durchschnittliche Reinertrag des Arbeitsbetriebes herabgemindert wird durch die Tatsache, daß Untersuchungsgefangene und zu einfacher Haft verurteilte Personen dem Arbeitszwang nicht unterliegen, ist klar, ebenso, daß in Gefängnissen mit geringer Belegung es oft schwer hält, überhaupt Arbeitsgelegenheit zu erlangen. Im allgemeinen steigt das finanzielle Ergebnis aus dem Arbeitsbetrieb von Jahr zu Jahr.

Die Beförderung erfolgt entweder durch die Gefängnisverwaltung, bei Gefängnissen mit einer Durchschnittsbelegung von 10 Gefangenen

im Wege der Selbstverwaltung, bei Gefängnissen mit geringerer Belegung durch die Gefangenaufseher, oder im Wege der Selbstbeschäftigung auf Kosten des Gefangenen. Diese wird den Untersuchungsgefangenen, sowie den zu einfacher Haft Verurteilten und den Zivilgefangenen auf deren Verlangen gestattet; den zu Gefängnisstrafe Verurteilten nur ausnahmsweise.

Die ärztliche Behandlung erfolgt auf Grund vertraglicher Vereinbarung, wo irgend tunlich, durch den am Orte befindlichen Medizinalbeamten.

Bei den Erkrankungsfällen treten Erkrankungen an Tuberkulose und Syphilis numerisch in den Vordergrund.

Im ganzen sind 17 Geistliche im Hauptamt angestellt; im übrigen wird mit dem Ortsgeistlichen ein Abkommen getroffen.

Von den zur Entscheidung gebrachten 120 Anträgen auf vorläufige Entlassung wurden 78 bewilligt, 42 abgelehnt. Ein Widerruf der Bewilligungen fand in 7 Fällen statt.

9. Die im königl. preussischen Ministerium des Innern bearbeitete Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger nach dem Gesetz vom 2. Juli 1900 und über die Zwangserziehung Jugendlicher (§ 56 des St.G.B.) für die Zeit vom 1. April 1901 bis 31. März 1902 (Berlin, Druckerei der Strafanstaltsverwaltung), gründet sich auf den in Anlage 11 des stattlichen Bandes abgedruckten Personalbogen, der von den zur Stellung des Antrags auf Fürsorgeerziehung berechtigten und verpflichteten Behörden aufzustellen, von den Kommunalverbänden zu prüfen und erforderlichenfalls zu berichtigen oder zu ergänzen ist.

Die Statistik beschränkt sich fürs erste Jahr darauf, die persönlichen Verhältnisse — physische wie geistige und sittliche — der Fürsorgezöglinge so sorgfältig wie möglich darzulegen, sowie die Familien, aus denen die Zöglinge stammen, die Umgebung, in der sie aufgewachsen sind, die sozialen Einflüsse, welche auf sie eingewirkt haben, festzustellen. Immerhin wirft diese Statistik manches neue Licht auf die Behandlung der heranwachsenden Jugend in Haus, Schule, gewerblicher Beschäftigung, Fortbildung, in strafrechtlicher und vormundschaftlicher Beziehung. Sie deckt große Schäden auf, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Die Durchforschung der Personalbogen (7787 an der Zahl) eröffnet Blicke in die tiefen sozialen Elends und sittlicher Verkommenheit, wie es in diesem Umfange selten möglich ist. Wenn noch irgend ein Zweifel über die Notwendigkeit des am 1. April 1901 in Kraft getretenen Gesetzes bestanden haben sollte, durch diese Statistik wird er beseitigt.

Der Fürsorgeerziehung wurden im ersten Geltungsjahre des Gesetzes 7787 Minderjährige endgültig überwiesen, während auf Grund des Zwangserziehungsgesetzes vom 31. März 1878 im Jahre 1900 nur 1504 Kinder in staatliche Erziehung übernommen worden sind.

Diese mehr als vierfache Vermehrung hat einen doppelten Grund. Das Zwangserziehungsgesetz erstreckte sich nur auf 6 Jahresklassen (vom 6. bis 12. Lebensjahr), das Fürsorgeerziehungsgesetz umfaßt 18 Jahresklassen. Wie die Altersgrenzen sind auch die Bedingungen, unter denen die staatlich überwachte Erziehung eintreten kann, erweitert. In die erste Altersgruppe (0—6 Jahre) fallen 506 oder 6,5 %, in die zweite (6—12 Jahre), die sich mit den Altersgrenzen des Zwangserziehungsgesetzes deckt, 2815 oder 31 % der Zöglinge. Den stärksten Zuwachs haben die 12—18jährigen mit 4466 oder 57,4 % geliefert, wodurch das Bestreben, statt der strafrechtlichen Behandlung der Jugendlichen, welche ihre Wirkung versagt hat, die erzieherische treten zu lassen gerechtfertigt erscheint. Von den Zöglingen waren 4949 (= 63,6 % männlichen und 2838 (= 36,4 %) weiblichen Geschlechts.

Dabei sind die Jahresklassen vom 12.—14. Jahre, die die beiden letzten Schuljahre umfassen, bei den Knaben und die beiden Jahresklassen vom 16.—18. bei den Mädchen (bei denen hier die geschlechtliche Verberbnis beginnt) am stärksten vertreten.

Unter den Ursachen der Überweisung stehen das schuldhaftige Verhalten der Eltern mit 2583 Zöglingen oder 33,2 %, und die Gefahr völligen sittlichen Verderbens der Kinder mit 3415 Zöglingen oder 43,9 % im Vordergrund. Die Statistik liefert ferner den Beweis, daß die großen Städte den günstigsten Nährboden für die Verwahrlosung der Jugendlichen bilden, und daß die unehelich Geborenen erheblich höher an der Fürsorgeerziehung beteiligt sind als an der Bevölkerung, namentlich unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die unehelich Geborenen, namentlich im Kindesalter eine sehr viel höhere Sterblichkeit aufweisen, als die ehelich Geborenen.

Die Bevölkerung der beiden großen christlichen Konfessionen ist ungefähr gleichmäßig an der Zahl der Zöglinge beteiligt.

Von den Zöglingen waren 544 noch nicht schulpflichtig, 4762 schulpflichtig, 2481 schulentlassenen. Von den 4466 über 12 Jahre alten Zöglingen hatten nur 1610 (= 36 %) volle Volksschulbildung.

Im bedingt strafmündigen Alter (12—18 Jahre) standen 2811 männliche und 1655 weibliche Zöglinge; darunter im schulpflichtigen Alter 1444 Knaben und 541 Mädchen. Von diesen hatten bereits gerichtliche Strafen erlitten 479 Knaben = 33,2 % und 78 Mädchen = 14,4 %.

Von den schulentlassenen 1367 männlichen und 1114 weiblichen Zöglingen waren bereits gerichtlich bestraft:

1057 männliche = 77,3 % aller schulentlassenen männlichen Personen und 437 weibliche = 39,2 %.

Die Bestrafungen mit Gefängnis sind sowohl bei den schulpflichtigen, wie bei den schulentlassenen Zöglingen vorwiegend; vielfach sind Zöglinge mehrere mal mit Gefängnis vorbestraft. Vorzugsweise hat der Diebstahl dieselben vor den Strafrichter gebracht. Bei der Begehung der ersten Straftat standen 840 männliche und 150 weib-

liche Zöglinge im Alter von 12—14 Jahren. Schlechten Neigungen waren ergeben 2000 (= 40,4 %) der männlichen, 1174 (= 41,4 %) der weiblichen Zöglinge; bei den männlichen ist es vorwiegend Landstreichen und Betteln, bei den weiblichen, schulentlassenen die Unzucht. Bei diesen kamen 713 (= 64 %) darunter 9,7 mit erworbener Syphilis vor.

60,8 % der männlichen und 22,7 % der weiblichen schulentlassenen Zöglinge waren in gewerblichen Betrieben beschäftigt, dagegen in der Landwirtschaft nur 13,0 und 5,5 %. Dies gibt zugleich einen nicht mißzuverstehenden Wink für die erziehlische Behandlung der Zöglinge.

Nicht normal in geistiger Hinsicht waren 831 (= 10,7 %) Zwangszöglinge und mit körperlichen Gebrechen und Mängeln behaftet 504 (= 6,5 %).

Welch unheilvollen Einfluß die Zerrüttung des Elternhauses durch den Tod oder durch die Trennung der Eltern auf die Kinder ausübt, erweist die Statistik evident; sie zählt 3641 (= 58,6 %) zerstörte Familien. Bestrafungen, schlechte Neigungen, geistige Mängel der Eltern sind nicht minderwichtige Faktoren.

Die Zahl der in Erziehungsanstalten untergebrachten Zöglingen, namentlich der über 14 Jahren, übersteigt die Zahl der in fremden Familien befindlichen Zöglingen besonders beim weiblichen Geschlecht erheblich.

Die Erziehungsanstalten sind vorzugsweise kommunale, kirchliche oder private Anstalten.

Entweichungen, namentlich aus den Anstalten, sind nicht selten.

Die Kosten der Fürsorgeerziehung betrugen im Etatsjahr 2 296 474 Mk. und 618 497 Mk. mehr als im Jahr vorher.

Von den Kosten trägt der Staat jetzt 1 530 983 Mk. gegen 837 843 im Jahre vorher, also mehr 693 140. Dagegen zahlten die Kommunalverbände 74 642 Mk. weniger gegen das vorausgegangene Jahr.

Dem Buche ist der Bericht über die Fürsorgeerziehung im Jahre 1901, der Wortlaut des Gesetzes, die Ausführungsbestimmungen und ministeriellen Verfügungen, sowie Abdrücke der einschlägigen Entscheidungen des Kammergerichts, sowie des Bundesamts für Heimatswesen beigegeben.

10. Das Gebiet der gefährdeten, verlassenen und verwahrlosten Jugendlichen ist namentlich in den letzten 50 Jahren auf das Ausgiebigste durchforscht worden. Die Internationale Kriminalistische Vereinigung hat das Problem der Jugendlichen wiederholt auf ihren Versammlungen behandelt; die Arbeiten von Appellius und Alschrott wirkten anregend und befruchtend auf die Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten in bezug auf die Fürsorgeerziehung, die Zahlen der Reichskriminalstatistik beweisen eine außerordentlich hohe Kriminalität der Jugendlichen und die stetige Zunahme dieser Kriminalität.

Man wird daher das Erscheinen eines größeren Gesamtwerkes mit Freuden begrüßen, in dem die Entwicklung der Zwangs- und Fürsorgeerziehung mehrerer Kulturländer und deren einschlägige Gesetzgebung ausführlich dargestellt wird, namentlich wenn dies geschieht auf Grund eingehender Forschung und eigener Anschauung der bestehenden Einrichtungen durch den Verf. Dieser, ein Steiermärker von Geburt, hat es unternommen, ein größeres, aus drei Teilen bestehendes Werk unter dem Titel: „Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend von Dr. Heinrich Reicher. Wien 1904. Manz'sche k. und k. Hof-, Verlags- und Universitäts-Buchhandlung“ herauszugeben.

Im ersten Teil, das Ergebnis größerer Studienreisen enthaltend, wird der Verf. die Gesetzgebung und die Einrichtungen des Fürsorgegebietes der fünf Staaten: des Deutschen Reichs (speziell des Großherzogtums Baden), Englands, Frankreichs, Belgiens und der Schweiz darstellen, während die Schilderung der Einrichtungen in Österreich den Inhalt des zweiten Teiles bilden wird.

Der dritte Teil wird eine theoretisch-systematische Abhandlung darstellen und die Theorie der Verwahrlosung und das System der zu ihrer Bekämpfung dienenden Fürsorge zum Inhalte haben.

Von dem ersten Teil liegen die 1. und 3. Abteilung vor. In der 1. Abteilung wird die Zwangserziehung im Deutschen Reich, in der dritten der Schutz der Kinder gegen Mißhandlung und Verwahrlosung in Frankreich, die Fürsorge für die landstreichende, bettelnde und verwahrloste Jugend in Belgien und die Versorgung verwahrloster Kinder in der Schweiz dargestellt. Dieser Abteilung ist ein Abdruck des norwegischen Gesetzes, betreffend die Fürsorge für verwahrloste Kinder vom 6. Juni 1896 (in deutscher Übersetzung) und eine kurze Schilderung der Einrichtungen der George-Junior-Republik in Amerika beigelegt.

Die verdienstvolle Arbeit ermöglicht nicht nur einen Vergleich zwischen der Entwicklung des Fürsorgewesens in den einzelnen Ländern und des Standes der derzeitigen Gesetzgebung, sie erweist sich auch als eine gründliche und zuverlässige. Sie zeigt, wie überall die Erkenntnis Platz greift, daß an Stelle der strafrechtlichen Behandlung der Jugendlichen die erzieherische treten muß, daß die Fürsorge für die verwahrloste Jugend nicht mehr als ein Akt der Wohltätigkeit der Gesellschaft aufzufassen, sondern als eine Rechtspflicht des Staates zu erklären ist.

Bei dem allgemeinen Interesse, das das Werk beansprucht, darf man dem Erscheinen der weiteren Teile mit Spannung entgegensehen.

11. Über die Frage: Empfiehlt es sich, phthisische Gefangene (Schwindfüchtige): a) In geeigneten Fällen zu beurlauben?, gegebenenfalls: in welchen? b) in geeigneten Anstalten zu bewahren? hat Geh. Med.-Rat Dr. Vär (Berlin)^{*)} ein Gutachten ausgearbeitet, in dem er anerkennt, daß die Phthisis auch

*) Blätter für Gefängnisstudie, Bd. 37 S. 495—514.

jetzt noch eine fast spezifische Todesursache unter den Gefangenen bilde, obwohl dieselbe, dank geeigneter hygienischer Einrichtungen, in den Strafhäusern gegen früher erheblich zurückgegangen sei.

Die Ursache der großen Häufigkeit der Phthisis sei zu suchen in dem ungünstigen Gesundheitszustand der Gefangenen, in der Minderwertigkeit ihrer Organisation und in den ungünstigen Momenten des Gefangenschaftslebens, die namentlich bei der Gemeinschaftshaft in der größeren Wahrscheinlichkeit der Infektion sich zeigten. Da die Möglichkeit der Heilung in den Frühstadien der Krankheit vorhanden sei, empfehle es sich eindringlich, phthisische Gefangene rechtzeitig zu beurlauben, was nach dem § 487 Abs. 2 der St.P.O. wohl zulässig sei. Die Beurlaubung würde aus Gründen der Kriminaljustiz kaum gewährt. Zuchthausgefangenen und wiederholt rückfälligen Gefängnisgefangenen und empfehle sich nicht in all den Fällen, in denen sicher stehe, daß der Gefangene aus Armut außerstande sei, etwas für die Heilung seines Leidens zu tun. Für diese empfehle es sich, besondere Abteilungen, sogenannte Hausanatorien, in einzelnen Gefangenenanstalten zu errichten.

12. Gutachten zur Vereinsversammlung in Stuttgart über die Fragen⁹⁾:

- A. Wie ist die Gesundenkost für Gefangene nach den bisher gemachten Erfahrungen einzurichten, beziehungsweise in welchem Verhältnis sind verdauliches Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft mit den Nahrungsmitteln zu reichen, dabei aber über das unumgänglich Notwendige nicht hinauszugehen?
- B. Ist das Mittagsgesicht in Suppe und feste Speisen zu trennen?
- C. Läßt sich eine Verminderung der Kostreichung an Zuchthausgefangene im Verhältnis zu Gefangenen anderer Art rechtfertigen?

haben Oberjustizrat Schwandner, Direktor des württembergischen Landesgefängnisses Schwab.-Hall, und der Anstaltsarzt Dr. Kullmann zu Buzbach erstattet.

Während Schwandner die nach dem württembergischen Speisetarif hergestellte Nahrung für mit Durchschnittsarbeit beschäftigte Gefangene für ausreichend erachtet, weil darin der erforderliche Bedarf an Eiweiß und Fett gewährt würde, glaubt Dr. Kullmann auf Grund eingehender Untersuchungen, daß die, nach dem Speiseplan der Zellenstrafanstalt Buzbach, der im großen und ganzen dem sogenannten Wohlthätigen Speisetarif entspricht, hergestellte Gesundenkost den Eiweißbedarf weder qualitativ noch quantitativ decke, daß die Fettgabe annähernd genüge, daß aber die Kohlenhydratenmenge und damit gleichzeitig das Tagesvolumen der Nahrung das zulässige Maß stark

⁹⁾ Dasselbst S. 253—275 und S. 515—567.

überschreite. Übereinstimmend wird von beiden Gutachtern die zweite Frage bejaht, die dritte verneint.

13. Eine mit einem übersichtlichen Lageplan versehene Beschreibung des Strafgefängnisses bei Berlin in Tegel und eine kurze Darstellung der Entstehungsgeschichte der Anstalt gibt Direktor Klein in Tegel im 36. Bande der Blätter für Gefängnisfunde S. 21—38.

14. Die Stellung der Einzelhaft im heutigen deutschen Strafvollzuge von Hermann Link, Referendar in Lübeck¹⁰⁾.

Der Verf. behandelt im ersten Teile die reichsrechtlichen Grundlagen (Reichsgesetzbuch, Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen von 1879, Grundsätze des Bundesrats von 1897) und bespricht im 2. Teil die Stellung der Einzelhaft im Strafvollzuge der Einzelstaaten, um dabei bezüglich seiner Vaterstadt zu bekennen, daß die dortigen dem Strafvollzuge dienenden Anstalten durchaus rückständig und ungenügend seien. Im dritten Teile erklärt er sich als ausgesprochener Anhänger der Einzelhaft, denn sie sei im Vergleich zur Gemeinschaftshaft die kulturell höher stehende Form der Freiheitsentziehung. Daher sei sie dem Vollzuge der Freiheitsstrafen als herrschendes Haftsystem zu Grunde zu legen, allerdings mit zeitlicher Beschränkung, regelmäßige Höchstbauer 6 Jahre.

Die Abhandlung enthält genaue und verlässige Angaben über den Strafvollzug in den Bundesstaaten.

15. Dem 36. Bande der Blätter für Gefängnisfunde ist ein Verzeichnis der Strafanstalten und Arbeitshäuser in Deutschland und Österreich-Ungarn angeschlossen, das einem längst bestandenen Bedürfnis abhilft und durch ein beigefügtes alphabetisches Inhaltsverzeichnis noch brauchbarer geworden ist.

16. Über das bis jetzt wenig bekannte „Heutige japanische Gefängniswesen“ schreibt Amtsrichter Dr. Grusen, Tokio¹¹⁾.

Das japanische Strafgesetzbuch von 1880 kennt sechs verschiedene Freiheitsstrafen: Haft, Gefängnis, politische Strafen (einfache Freiheitsentziehung und Verbannung, Zuchthaus, Zwangsarbeit). Es gibt aber, sieht man von den wenigen besonderen Untersuchungsgefängnissen ab, nur drei Kategorien von Gefängnissen: Polizeigegefängnisse, Zwangsarbeitsanstalten und Lokalgefängnisse. Die älteren Gefängnisse sind durchaus ungenügend in ihren Einrichtungen, die Gefängnisse neueren Stils haben mehr Ähnlichkeit mit den europäischen. Überall zeigt sich das Bestreben nach weitgehender Zentralisation, daher fast nur Gefängnisse mit einer Belegungsfähigkeit von mehr als 1000 Köpfen. Das Gefängniswesen untersteht dem Justizminister; an der Spitze jedes Gefängnisses steht ein Direktor. Die Ausbildung der Beamten geschieht zu Tokio in der Akademie für Polizei- und Gefängnisbeamte. Gemeinschaftshaft herrscht vor; für etwa 58 000 Gefangene

¹⁰⁾ Dasselbst Bd. 36 S. 210—293.

¹¹⁾ Blätter für Gefängnisfunde, Bd. 36 S. 341—386.

sind nur 3096 Zellen vorhanden. Die Einrichtung und Ausstattung der Gefängnisse ist einfach. Die Gefangenen arbeiten für die Bedürfnisse der Anstalt und werden zu industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten im Unternehmerbetrieb verwendet. Ein Teil des Arbeitsertrags fließt den Gefangenen zu. Die Arbeitszeit ist geregelt. Die Behandlung der Gefangenen ist human. Die Disziplinarstrafen erheblich milder als in Deutschland; Prügelstrafe besteht nicht, hygienische und sanitäre Verhältnisse sind sehr verschieden, die Beköstigung entspricht der Lebensweise der ärmsten Klasse der freien Bevölkerung; sie ist ungenügend. Die Fürsorge für entlassene Gefangene ist noch im Anfangsstadium; die Erfolge der Strafvollstreckung befriedigen.

17. Aufseher-Katechismus von G. Behringer, Freiburg i. B. Verlag von Paul Wäkel, Freiburg i. B. und Leipzig.

Der Verf. bespricht in Dialogform anschaulich und in einer dem Bildungsgrad und dem Fassungsvermögen der Aufseher angepassten Sprache den ganzen Dienst des Gefangenaufsehers. Durch gut gewählte, aus dem praktischen Anstaltsdienste entnommene Beispiele werden die Ausführungen dem Verständnis näher gebracht. Einfachheit und Schlichtheit sind die Vorzüge des Katechismus vor der von dem Direktor Fliegenschmidt herausgegebenen Schrift: „Der Beruf des Aufsehers“, die schon höhere Anforderungen an das Fassungsvermögen der Aufseher stellt.

Das von einem Lehrer geschriebene Buch eignet sich sehr gut für den Aufseherunterricht, kann aber auch vom Aufseher beim Selbststudium benutzt werden.

Es sei hiermit bestens empfohlen.

18. Auf der Verhandlung der rheinisch-westfälischen Gefängnis-Gesellschaft referierte Direktor Helling-Bochum über den Strafvollzug an Jugendlichen¹²⁾, wobei er folgende Leitsätze begründete:

1. Der Strafvollzug an den Jugendlichen muß in besonderem Maße den Erziehungs- und Besserungszweck berücksichtigen, das Gefängnis muß dabei aber eine wirkliche Strafanstalt bleiben.
2. Der Strafvollzug hat in besondern Anstalten für Jugendliche oder in besondern Jugendlichen-Abteilungen bei einem größeren Gefängnisse zu erfolgen.
3. Jugendliche sind als Untersuchungsgefangene und in Strafhast stets in Einzelhast zu halten; Ausnahmen sind nur für die Arbeitszeit und nur aus Rücksicht für das geistige oder körperliche Wohl, sowie aus erziehlichen Gründen behufs Festigung des bereits in der Einzelhast gefestigten Charakters zulässig.

¹²⁾ 73. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft S. 9 bis 12 und 60–85.

4. Die Behandlung der Jugendlichen erfordert eine besonders genaue Kenntnis und Berücksichtigung ihrer Individualität.
5. Die körperliche Züchtigung als Disziplinar middel ist vom Erziehungsstandpunkte aus nicht zu entbehren. Es gibt Fälle, in welchen sie besser — weil wirksamer, humaner — und dem Erziehungszwecke entsprechender ist, als jede andere Disziplinarstrafe.
6. Die Arbeit ist ein überaus wichtiges Erziehungsmittel, sie muß jedoch so gestaltet werden, daß für jeden einzelnen Tag eine die ganze Arbeitszeit ausfüllende Tätigkeit verlangt und durch tägliche Kontrolle das Geleistete festgestellt wird.

Ferner wurde die Notwendigkeit der Fürsorge, gegebenen Falls der staatlichen Fürsorgeerziehung, betont und für weibliche Jugendliche die Errichtung von Haushaltungsschulen empfohlen.

19. Die Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft¹³⁾ im Oktober 1900 stand unter dem Zeichen der Fürsorge für die Jugend. Über Jugendlichen-Fürsorge erstattete P. Wohlfeld-Köln Bericht, über den in der Konferenz der evangelischen Anstalts- und Asylgeistlichen lebhaft beraten wurde, während Landesrat Schmidt bei Behandlung des Themas: „Über Zwangserziehung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch“ das Verhältnis zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung zutreffend darstellte. Seine Ausführungen riefen eine lebhafteste Debatte hervor, an der u. a. Geh. Rat v. d. Golz-Strasbourg, Geh. Ober-Regierungsrat v. Massow und Geh. Ober-Regierungsrat Krohne sich beteiligten.

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 2. Juli 1900, betreffend die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, bestehen in Preußen drei Arten der Zwangserziehung: die nach § 56 des St.G.B., die nach den §§ 1666 und 1832 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und endlich die Fürsorgeerziehung nach dem soeben erwähnten Landesgesetz. Dem Antrage des Referenten, die Erziehung nach dem § 56 des St.G.B. an die mit der Ausführung des Fürsorgegesetzes betrauten Kommunalverbände baldmöglichst zu übertragen, wurde zwar vom Geh. Ober-Regierungsrat Krohne lebhaft widersprochen, doch fand derselbe die Billigung der Versammlung.

Übereinstimmung bestand darüber, daß die Fürsorgeerziehung das letzte Mittel sein und erst zur Anwendung kommen sollte, wenn die dem Vormundschaftsrichter nach dem § 1666 des B.G.B. zustehenden Maßnahmen erschöpft oder aussichtslos seien; eine Auffassung, der das Kammergericht später in wiederholten Entscheidungen beigetreten ist.

¹³⁾ 73. Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft S. 12 bis 17, S. 17—37, S. 85—94, S. 105—118.